

Basler Politik ist verärgert: Kanton Baselland sistiert Uniquartier Dreispitz

Ausbaupläne vorerst gestoppt Grund sind die laufenden Verhandlungen für die Unifinanzierung ab 2030. Die Universität Basel spricht von einem «überraschenden Entscheid».

Mélanie Honegger,
Oliver Sterchi, Katrin Hauser
und **Nic Engel**

Die Christoph-Merian-Stiftung (CMS) hatte ein lebendiges Stadtviertel mit jungen Menschen vor Augen: «Auf dem Dreispitz soll ein neues Universitätsquartier entstehen» – so steht es immer noch auf der Website der Stiftung, der das gesamte Areal gehört. Doch diese Idee könnte nun ein jähes Ende finden: Wie die Baselbieter Regierung gestern mitteilte, werden die Pläne für einen Unicampus vorerst nicht weiterverfolgt.

Für die Parlamentarier in den beiden Kantonsparlamenten kam der Entscheid quasi aus dem Nichts, sogar für jene, die sich in der politischen Arbeit näher mit der Hochschule befassen, sei es in den Bildungskommissionen oder dem bikantonalen Aufsichtsgremium über die Uni. Egal, mit wem man an diesem Mittwoch sprach, es herrschte Erstaunen – in der Stadt noch mehr als auf dem Land. «Ich bin sehr überrascht über diesen Entscheid und bedaure ihn auch», sagt etwa die Basler SP-Grossrätin Michela Seggiani.

Dabei war es doch das Baselbiet, das die Diskussion um einen Unistandort Dreispitz ursprünglich angestossen und auch den Lead bei der Ausführung übernommen hatte. Geplant war, dass die Juristische und die Wirtschaftswissenschaftli-



Ein Stadtviertel mit Zukunft: So sollte das Uniquartier auf dem Dreispitz dereinst aussehen. Visualisierung: Grafton Architects/Blaser Architekten

che Fakultät vom jetzigen Standort beim Bahnhof SBB in das aufstrebende Entwicklungsgebiet zügeln. Die Planung war bereits fortgeschritten. Es existierten sogar Visualisierungen. Man konnte sich gut vorstellen, wie angehende Anwältinnen und Wirtschaftswissenschaftler künftig den Dreispitz bevölkern.

Doch daraus wird nun nichts, zumindest vorerst. Man wolle die Ergebnisse der bikantonalen Gespräche über die Finanzierung der Uni ab 2030 abwarten, so die Baselbieter Regierung in ihrer Mitteilung. Ab diesem Zeitpunkt rechne der Regierungsrat «mit einem massiv höheren Finanzie-

rungsbedarf seitens der Universität, vor allem im Immobilienbereich», sagt der dessen Sprecher Nic Kaufmann auf Anfrage.

Basler Regierung äussert Bedauern

Momentan laufen dazu die Verhandlungen – wer wie viel zahlt, ist ein ewiger Zankapfel zwischen den beiden Partnerkantonen.

Kommt hinzu, dass der zusätzliche Platzbedarf der beiden Fakultäten offenbar doch nicht so akut ist wie ursprünglich angenommen. Der Kanton Baselland argumentiert damit, dass der Mietvertrag am heutigen Standort in Bahnhofsnähe zu

«verbesserten Bedingungen» verlängert wurde. Uni-Sprecher Matthias Geering bestätigt dies auf Anfrage der BaZ. Die Hochschule habe die Mietverträge am Peter-Merian-Weg 6 und 8 vor zwei Jahren bis 2039 verlängert.

Gleichwohl nennt die Uni den Entscheid der Baselbieter Regierung «überraschend». Die Basler Regierung schreibt ihrerseits, man nehme den Entscheid aus Liestal «mit Bedauern zur Kenntnis». Man gehe davon aus, dass die Baselbieter den «gemeinsamen Wunsch» nach einem Unistandort Dreispitz nicht «grundsätzlich infrage stellt».

Ob dem wirklich so ist, ist offen. Aus Liestal klingt es nämlich dezidiert anders. So sagt der Baselbieter Regierungssprecher Nic Kaufmann: «Der Regierungsrat hat nicht die Erwartung, dass die CMS das Land für die Uni reserviert.» Will heissen: Die CMS kann als Landeigentümerin gegebenenfalls auch andere Pläne mit dem Areal verfolgen, jetzt, da der Unicampus auf Eis gelegt ist.

Der Standort Dreispitz sei damit aber nicht gestorben, betont Kaufmann. «Auf dem Dreispitz gibt es noch viele freie Flächen.» Wirklich rosig scheint es für den Standort aber nicht auszusehen: Es dauere eher «ein bis zwei Jahre» als «ein bis zwei Monate», bis die Verhandlungen über die Finanzierung ab 2030 abgeschlossen seien, sagt Kaufmann. «Die CMS ist frei in ihrem Handeln.»

Die Stiftung äussert sich vorerst nicht zur Sistierung des Projekts – ebenso wenig wie die Gemeinde Münchenstein.

Bestürzung innerhalb der Basler Verwaltung

Auch wenn die Basler Behörden gegen aussen das Gesicht wahren: Innerhalb der baselstädtischen Verwaltung ist man geradezu bestürzt über das Verhalten des Nachbarkantons. Hinter vorgehaltener Hand wird von einer «totalen Bankrotterklärung» des Baselbiets gesprochen. Offenbar begreife die dortige Regierung nicht, dass sie ihren eigenen Standort schwäche.

Der kommunikative Alleingang hat die Basler Regierung denn auch vor den Kopf gestossen. Wie man hört, versuchte sie noch bis vor kurzem, die Kollegen im Baselbiet von einer gemeinsamen Kommunikation zu überzeugen. Dies ohne Erfolg.

In der Politik fallen die Reaktionen derweil gemischt aus. SVP-Landrat Peter Riebli bezeichnet die temporäre Sistierung als «sinnvoll». Vor allem, da die Uni offenbar gar nicht so dringend auf den Neubau angewiesen sei. Die Baselbieter SVP drängt schon länger auf eine Neuverhandlung oder gar Kündigung des bikantonalen Univertrags.

SP-Landrat Jan Kirchmayr stört sich seinerseits am «endlosen Hin und Her» in Sachen Dreispitz-Campus. «Für die

Attraktivität der Uni sind diese ewigen Diskussionen sicher nicht förderlich.»

Ähnlich auch die Stimmungslage in der Stadt: LDP-Grossrätin Catherine Alioth fragt sich, «was eigentlich die Strategie des Baselbieter Regierungsrats ist». Die Mitteilung von gestern Mittwoch lasse sie etwas ratlos zurück, zumal noch gar nicht klar sei, zu welchem Ergebnis die beiden Regierungen bei den Verhandlungen der Leistungsperiode 2026 bis 2029 gekommen seien. «Und trotzdem wird bereits mit der Periode ab 2030 argumentiert.»

SVP-Grossrat Joël Thüning meint derweil, dass es zu begrüssen sei, wenn die Baselbieter Regierung zum Schluss komme, dass es aus Unisicht gar keinen Neubau brauche.

Michael Hug, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission im Grossen Rat, ist da anderer Meinung: «Für das Dreispitzareal ist es natürlich schade, dass dieses Projekt sistiert wird.» Wenn er mit Leuten spreche, die in diesem Gebiet wohnen, höre er oftmals, dass «das Quartier nicht besonders belebt ist». Ein Unistandort neben der Fachhochschule hätte geholfen, dies zu ändern.

Mitte-Grossrat Franz Xaver Leonhardt wird derweil mit einem politischen Vorstoss aktiv. Der Entscheid der Baselbieter Regierung wird mindestens das Stadtparlament weiterhin beschäftigen.